

Forderungskatalog der Berliner Initiative gegen Medikamentenmissbrauch

Die Anzahl der Arzneimittelabhängigen in Deutschland wird auf 1,4 - 1,5 Millionen geschätzt – manche gehen von 1,9 Millionen in der Erwachsenenbevölkerung aus (Bundesdrogen- und Suchtbericht, Mai 2012). Den absoluten Schwerpunkt stellen Benzodiazepinabhängige mit 1,1 – 1,2 Millionen (Jahrbuch Sucht 2012) dar. Besonders Frauen und ältere Menschen sind betroffen. Die Anzahl der medikamentenabhängigen Menschen ist damit bundesweit ähnlich hoch, wie die der Alkoholabhängigen. Es ist hinlänglich bekannt, dass sich in den Suchthilfeeinrichtungen kaum Betroffene mit problematischem Medikamentenkonsum befinden. Laut Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage im Bundestag zum Thema: „Medikamentenabhängigkeit in der Bundesrepublik Deutschland“ (Drucksache 16/7973 vom 05.02.2008) beziehen sich weniger als 1% der bewilligten Suchttherapien auf Medikamentenabhängigkeit. Bei keiner anderen Stoffgruppe ist die Diskrepanz zwischen der Anzahl der Süchtigen zu denen, die Hilfe suchen, so eklatant groß. Die Berliner Initiative gegen Medikamentenmissbrauch, ein multiprofessioneller Zusammenschluss von Experten_innen aus unterschiedlichen Arbeitsbereichen¹ hat sich zum Ziel gesetzt, diesem Missstand entgegenzuwirken und vorliegenden Forderungskatalog entwickelt, der Verantwortlichen im Gesundheits- und Suchthilfebereich sowie politischen Entscheidungsträger/innen übergeben wird.

- 1) Inangangsetzung der Diskussion zum Medikamentenmissbrauch und -abhängigkeit in übergeordneten Gremien (z.B. Bund-Länder-Kooperationsgremium)
- 2) Durchführung öffentlichkeitswirksamer Kampagnen auf Bundesebene z. B. durch die BZgA
- 3) Anordnen eines Warnhinweises hinsichtlich des Suchtpotenzials auf den Verpackungen von Schlaf- und Beruhigungs- sowie von abhängigkeits erzeugenden Schmerzmitteln.
- 4) Hinwirken darauf, dass Krankenkassen regelhaft
 - a) Ärzte_innen anschreiben, deren Indikationsstellung und/oder Dosierungsverhalten in Bezug auf die Verordnung von Medikamenten mit Abhängigkeitspotential nicht plausibel ist
 - b) Patienten_innen, die eine Folge- oder Parallelverordnung für ein Schlaf- oder Beruhigungsmittel bzw. abhängigkeits erzeugendes Schmerzmittel erhalten, schriftlich über die Gefahr der Entwicklung einer Abhängigkeit aufklären
- 5) Bereitstellen finanzieller Ressourcen für
 - a) ein Angebot, das eine Art Clearingfunktion übernimmt und Ratsuchende informiert und ggf. in weiterführende Hilfen vermittelt, welches nicht als Suchthilfe deklariert ist, damit die Schwelle für die Inanspruchnahme möglichst niedrig ist

¹ Die Mitglieder der Initiative sind: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin, Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin, Fachstelle für Suchtprävention Berlin gGmbH, FFGZ – Feministisches FrauenGesundheitsZentrum e.V., FrauSuchtZukunft e.V., Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V., Hartmut-Spittler-Fachklinik im AVK / Vivantes, Notdienst Berlin e.V., PBAM BetreuungsgGmbH, Vista gGmbH

- b) die Fortbildung von Schlüsselpersonen wie z. B. Ärzte_innen oder Apotheker_innen, damit diese die Standards zum Umgang mit Medikamenten umsetzen, die in den für diese Berufsfelder existierenden Leitfäden² formuliert sind. Darüber hinaus soll Wissen über das psychosoziale Versorgungssystem sowie regional zur Verfügung stehenden Hilfeangeboten vermittelt werden.
 - c) die Entwicklung eines Informationsmaterials, das zur Reflexion des Medikamentenkonsums anregt und in Arztpraxen und Apotheken sowie in Pflege- und Altenheimen ausgelegt werden soll
- 6) Entwicklung einer Verzahnung internistischer und psychiatrischer Abteilungen für den qualifizierten Entzug einer Medikamentenabhängigkeit, da die betroffene Patientengruppe eine ausgeprägte Schwellenangst gegenüber der Behandlung auf einer regulären Entzugsstation aufweist. Ein Teil der Betroffenen könnte initial ambulant (niedergelassener Arzt + Beratungsstelle) behandelt werden, um dann den körperlich schwierigen Teil der Entzugsbehandlung auf einer spezialisierten Station zu absolvieren.
 - 7) Implementierung des Themas Medikamentenmissbrauch und -abhängigkeit in die Ausbildung der medizinischen bzw. pflegenden Berufe
 - 8) Ergänzung des Rahmenlehrplans der Berliner Schulen um das Thema „verantwortungsvoller Umgang mit Medikamenten“
 - 9) Alkohol- und Medikamentenberatungsstellen sollen ihre Angebote auf Tauglichkeit für die Zielgruppe der Medikamentenabhängigen überprüfen und diese gegebenenfalls attraktiver und niedrigschwellig für diese gestalten (Anstoß einer Konzeptdiskussion)
 - 10) Darüber hinaus sollte die Vernetzung/Kooperation mit wichtigen Partnern in der Region (Beratungsstellen, Krankenhäuser, Apotheken, Altenpflegeeinrichtungen etc.) gesucht werden. Diese könnten evtl. auch in spezifische Teamfortbildungen zum Thema einbezogen werden.

Kontakt:

Berliner Initiative gegen Medikamentenmissbrauch

c/o Fachstelle für Suchtprävention Berlin gGmbH

Chausseestraße 128/129

Tel.: 030 – 29 35 26 15

Ansprechpartner: Marc Pestotnik

E-Mail: pestotnik@berlin-suchtpraevention.de

² „Medikamente –schädlicher Gebrauch und Abhängigkeit“ – Leitfaden für die ärztliche Praxis. Hrsg.: Bundesärztekammer in Zusammenarbeit mit der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft, 2007

„Medikamente: Abhängigkeit und Missbrauch – Leitfaden für die apothekerliche Praxis“. Hrsg.: Bundesapothekenkammer, 2008